

Bezugspreis:
Wochenblatt, 30.— M., monatl. 10.— M.
frei ins Haus, voraus zahlbar. Post-
bezug: Monatlich 10.— M., einjähr. 120.—
M., einschließlich Postgebühren. Unter Kreuzband für
Deutschland, Danzig, das Saar- und
Reinigungsgebiet, sowie die ehemals deut-
schen Gebiete Polens, Oesterreich,
Ungarn und Rumänien 20.— M., für
das übrige Ausland 27.— M. Post-
bestellungen nehmen an Oesterreich,
Ungarn, Tschechoslowakei, Däne-
mark, Holland, Preussen, Schweden
und die Schweiz.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Volk und Welt“, der Unter-
haltungsbeilage „Heimwelt“ und der
Beilage „Siedlung und Kleingarten“
erscheint wochentags zweimal, Son-
tags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achteckigen Kompositionen
betragen 2,50 M. „Kleine Anzeigen“
das Setzgedruckte Wort 1,50 M. (zu-
wählbar zwei Setzgedruckte Worte), jedes
weitere Wort 1.— M. Stellungs- und
Schließstrichanzeigen das erste
Wort 1.— M., jedes weitere Wort
50 Hg. Worte über 15 Buchstaben
zählen für zwei Worte. Familien-An-
zeigen für Abonnenten 50 Hg.— M.
Die Preise verstehen sich einschließlich
Leitungsgeldes.

Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 8 Uhr nachmittags im
Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 8 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Redaktion Moritzplatz 15195-97
Expedition Moritzplatz 11753-54

Freitag, den 29. Juli 1921

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Verlag, Expedition und Anzeigen-
Abteilung Moritzplatz 11753-54

Der Rücktritt der thüringischen Regierung.

Weimar, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.)
Bei der gestrigen Abstimmung über eine außerordentlich sozial
ausgebaute Grundsteuer stimmten die Deutschnationalen, Volkspartei und
Landbund mit 22 Stimmen und die Kommunisten mit 4 Stimmen
gegen 25 Stimmen der Sozialdemokraten (10), der Un-
abhängigen (11) und der bürgerlichen Demokraten (4). Daraus trat
die Regierung zurück, da ihr die hauptsächlichste Einnahmequelle von
Rechts- und Linksbolschewisten verweigert wurde. Ein Antrag auf
Auflösung des Landtages liegt bereits vor. Die Abstimmung
dafür kann jedoch erst am Sonnabend erfolgen.

England vermittelt.

Paris, 29. Juli. (E.E.) Das englische Kabinett ver-
sammelte sich gestern am Vor- und Nachmittag zu Beratungen über
die oberschlesische Frage, denen die Ministerpräsidenten
der Dominions und Balfour, der England auf der Sitzung
des Obersten Rates vertreten wird, beizuhören. Das englische Ka-
binett hält unerschütterlich an seinem ursprünglichen Standpunkt
fest, daß weitere Truppen für Oberschlesien nicht erfor-
derlich seien. Ferner besteht das Kabinett auf seiner Ansicht, daß
einer Macht allein nicht gestattet werden könne, eine Sitzung des
Obersten Rates zu verhindern, weil sie sich mit den anderen Mächten
nicht verständigen könne. Der englische Vertreter in Oberschlesien,
Sir Harold Stuart, hatte Besprechungen mit Lord Curzon
und anderen Kabinettsmitgliedern. Er gab seiner Auffassung da-
hin Ausdruck, daß, je mehr Truppen nach Oberschlesien entsandt
würden, desto mehr Schwierigkeiten bestehen würden, um die An-
nahme der Entscheidung des Obersten Rates zu erlangen.

Während der beiden Sitzungen des englischen Kabinetts über-
brachte im direkten Auftrage des Ministerpräsidenten Briand der
französische Botschafter in London, St. Aulaire, eine neue Note,
in der erklärt wird, daß einzelne Fragen, in denen die beiden Re-
gierungen zu keiner Übereinstimmung gelangen könnten, nur se-
kundärer Bedeutung seien, wenn man sie mit dem Interesse ver-
gleichet, daß die Aufrechterhaltung der Entente zwischen
beiden Ländern biete.

Die englische Note wird der französischen Regierung in
den ersten Morgenstunden übermittelt werden. Zu diesem Zwecke
unterbrach der englische Botschafter, Lord Hardings, eigens seinen
Urlaub, um sich nach Paris zurückzubegeben.

Reuter meldet: Die Haltung der englischen Regierung sei fol-
gende: Die getroffenen Vereinbarungen sollen so abgeändert werden,
daß sie den Wünschen Frankreichs Rechnung tragen
unter der Voraussetzung, daß das Prinzip der Zusammenarbeit
unter den Alliierten unberührt bleibe. Man habe auf die Unter-
stellung Frankreichs hingewiesen, wonach Lord Balfour die
deutsche Regierung ermutigt hätte, eine Frankreich feindliche Haltung
einzunehmen. Auf diese Unterstellung sei ein kategorisches Dementi
erfolgt, weil diese Unterstellung den Tatsachen vollkommen wider-
spräche. Der englische Botschafter werde, gemäß den Anweisungen
seiner Regierung sein Bestes tun, um eine friedliche Lösung herbei-
zuführen. Die einzige Gefahr für die Allianz sei in der Tat-
sache zu sehen, daß gewisse französische Zeitungen ein al-
leinstufiges Vorgehen Frankreichs fordern. Die englische Regierung
wünsche, daß die alliierten Regierungen gemeinsam handeln möchten,
nachdem sie sich über die schwebenden Fragen genau beraten haben.

Nach den Mitteilungen über die gestrigen Verhandlungen hat
man den Eindruck, als ob die pessimistische Stimmung, die im Laufe
des gestrigen Nachmittags herrschte, einer etwas optimischeren ge-
wichen sei. Der Oberste Rat wird allerdings nicht am 4. August zu-
sammentreten, sondern man scheint gewillt zu sein, das Zugewinn-
nis zu machen, daß man etwa am 8. August oder am 9. August im
Pariser Kuwadriggen Amt zu einer Besprechung zusammentreten,
in der man gemeinsam beraten werde.

Die irische Frage.

Dublin, 29. Juli. (Reuter.) Ueber die gestrige Sitzung des
Sinnfeiner-Kabinetts wird strengstes Schweigen beobachtet. Dem
Bernehmen nach war die Sitzung von entscheidendem Cha-
rakter für den Fortgang der Verhandlungen. Es wird angenom-
men, daß sich die Sinnfeiner über eine Grundlage für die Berufung
einer offiziellen Konferenz geeinigt haben. Es wird keine weitere
Sitzung des Sinnfeiner-Kabinetts abgehalten werden, bis Devalera
Lord George eine Mitteilung gemacht hat. Wenn dann eine Grund-
lage für die Konferenz gefunden wird, so wird der nächste Schritt
eine Vollsitzung des Sinnfeiner-Parlaments sein, in der Bevollmächtigte für die weiteren Verhandlungen ernannt
werden sollen.

Gewerkschaftsdelegierte in Rußland verunglückt. Das halbami-
liche russische Bureau Kofa meldet aus Moskau: Ein Zug mit
Delegierten des Gewerkschaftskongresses erlitt
auf der Kurks-Bahn einen furchtbaren Unfall. Von den Delegierten
wurden Strung und Geibrich (Deutschland), Hewlet (Eng-
land), Constantinos (Bulgarien), Freeman (Australien) und der Vor-
sitzende des Verbandes der russischen Bergwerksarbeiter Sergejew
getötet.

Ist das Abrüstung?

Neue englische Flottenpläne.

London, 29. Juli. (W.T.B.) Wie Reuter erfährt, beschäftigte
sich die Konferenz der Premierminister der britischen Do-
minions in London mit der Stellungnahme zu den An-
griffen gegen Handelsschiffe, die, wie erwartet wird, im
nächsten Kriege noch stärker einsehen würden als im letzten. Es sei
daher nötig, daß jedes Dominion dazu übergehe, den Rükken-
handel in Kriegszeiten selber zu schützen. Die reicheren Do-
minions, wie Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika, werden
eigene Flotten aufstellen, die als Kern leichte Kreuzer und
Unterseeboote als die zum Schutze der Handelsschiffahrt am meisten
geeigneten Kriegsschiffe enthalten würden. Es sollen Vereinbarungen
getroffen werden, durch die sich die Dominions gegenseitig Unter-
stützung gewähren, um für das Geleite von Handelsschiffen zu sorgen.
Im letzten Kriege haben mehrere Dominions ihre Seestreitkräfte aus-
gebaut, die nunmehr in den allgemeinen Verteidigungs-
plan des britischen Imperiums aufgenommen werden. Die Do-
minions werden auch die während eines Krieges notwendigen Ver-
bindungen aufrechterhalten, sie werden für Docks, Petroleum- und
Feuerungsvorräte usw. zum Gebrauch aller britischen
Kriegsschiffe Vorkehrungen treffen.

Bereit England noch Japan noch die Vereinigten Staaten
sind bereit, ihren Marinehaushalt der Abrüstungskonferenz zu-
schieben auch nur um einen Kreuzer zu vermindern. Das ist be-
greiflich, denn auch in der Politik gilt vorerst noch die alte
Bauernregel: der Spatz in der Hand ist mir lieber als die
Taube auf dem Dach. Etwas anderes ist es aber, wenn
Lord George in Washington nicht nur den bereits genehmigten
Flottenetat präsentiert, sondern daneben einen Ratten-
könig kleinerer Flottenbauprogramme für die Dominions
auf den Tisch des Hauses legt. Hier zeigt sich das eigentliche
Antlitz des englischen Imperialismus, hier tritt das wahre
Gesicht der Abrüstungskonferenz zutage. Die Friedensengel
werden auf dieser Tagung wenig zu sagen haben, sie wird ein
hartes Ringen um die Vormacht auf den Meeren sein.
Hinter den friedlichen Verträgen über die Machtver-
teilung im fernen Osten und im Stillen Ozean, der bisher
auch der friedliche hieß, erhebt sich die gepanzerte Faust.

Die englische Reichskonferenz, die bisher wenig praktische
Resultate gezeitigt hat, ist also kurz vor ihrem Ende zu Be-
schlüssen von großer Tragweite gekommen. Auf der einen
Seite bedingt das Flottenverteilungsprogramm ein weit
größeres Ausmaß von Selbständigkeit für die englischen
Kronländer, auf der anderen Seite saßt es aber die Kräfte des
englischen Weltreiches ganz anders zusammen als bisher. Wie
das Mutterland, werden auch die Kolonien ihre eigenen Flotten
haben, England kann auf der Abrüstungskonferenz nicht nur
das Gewicht der eigenen Seemacht, sondern auch das der
Kronländer in die Waagschale legen. Es wird sich nicht mehr
darum handeln, an dem englischen Marinehaushalt einige
Abstriche zu tun, sondern die englischen Kolonien als
gleichberechtigt in dem Welthaushalt der flottenbauenden
Großmächte zu verankern. Lord George gebraucht in einer
Ansprache an die Liberalen das Bild, man solle den Friedens-
fürsten nicht in seiner Arbeit stören. Es scheint, dieser Fried-
densfürst trägt in jeder Hand einen Dreadnought, und für
England ist die Abrüstungskonferenz alles andere als eine
Frage der Abrüstung.

Deutsche Parlamentarier nach Stockholm.

Berlin, 28. Juli. (Z.N.) Als deutsche Delegierte werden folgende
Parlamentarier zur Stockholmer Tagung der Interparla-
mentarischen Union vom 16. bis 20. August gehen:
Graf Bernstorff, Prof. Eichhoff, Reichspostminister Giesberts,
Minister Hilgenbrandt, Frau Juchacz, der frühere Außenminister
Dr. Köster, Reichstagspräsident Lobe, der frühere Reichszentraler
Germann Müller, Dr. Pfeiffer, Prof. Schilling, Warmuth.

Die Lage der Wolga-Deutschen.

Reval, 28. Juli. (E.E.) Ueber die schreckliche Lage der deut-
schen Wolgakolonien sind folgende Einzelheiten bekanntge-
worden. Die deutschen Kolonisten hatten 70 Proz. des Bodens an-
gebaut, aber fast alles ist zugrunde gegangen, so daß für
die nächsten Monate der furchtbare Hunger droht. Die
Zahl der Kolonisten in den Ansiedlungen beträgt ungefähr je 5000,
von denen 80 Proz. von Krankheiten heimgeführt
worden sind. In den Dörfern sterben täglich durch-
schnittlich 60 Menschen. Ganze Scharen ziehen in die Steppe
zu fliehen. Ein großer Teil der deutschen Kolonisten flüchtete in
der Richtung auf Rostau und verlangt Unterstützung zur
Heimkehr nach Deutschland.

Mustapha Kemal Pascha hat einen Aufruf an die Bevölke-
rung gerichtet, worin er sich an ihre Vaterlandsliebe wendet, und
jeden wehrfähigen Mann auffordert, zur Verteidigung des anatoli-
schen Bodens herbeizueilen.

Der oberschlesische Selbstschutz.

Aus Oberschlesien wird uns geschrieben:

Schon lange vor der Abstimmung haben die deutschen Bor-
teien und Gewerkschaften in Oberschlesien die Interalliierte
Kommission in Oppeln, die Regierungen in Paris, London und
Rom sowie den Botschafterrat mit Eingaben über die Un-
sicherheit in Oberschlesien förmlich überschüttet und
warnend darauf hingewiesen, daß die anarchischen Zustände
im Abstimmungsgebiet einer Katastrophe entgegenstehen. Wir
erinnern daran, daß im Dezember v. J. sogar die Vertreter
der polnischen Gewerkschaften gemeinsam mit ihren deut-
schen Kollegen bei der Interalliierten Kommission in Oppeln
wegen der Unsicherheit in Oberschlesien vorstellig geworden
sind und energisch Abhilfe verlangten. Herr General Le Rond
machte allerdings verschiedene schöne Versprechungen, denen
die Gewerkschaftsvertreter aber sehr kritisch gegenüberstanden.
Sie machten ihn schon damals darauf aufmerksam, daß, wenn
der Schutz der Arbeiter und der Werkbetriebe künftig nicht
besser würde, den Arbeitern nichts übrig bleiben werde, als
zur Selbsthilfe zu greifen. Trotz der damals gegebenen
Versprechungen und der vielen Eingaben hat sich an den Zu-
ständen in Oberschlesien noch nichts geändert.

Die Verfolgung der deutschen Arbeiter und
ihrer Familien durch die Polen nahm kurz vor der Abstimmung
geradezu ungeheuerliche Formen an und hörte auch dann nicht
auf, als die Abstimmung eine große Mehrheit für Deutschland
ergeben hatte. Bekrönt wurde allerdings diese polnische Ge-
waltspolitik, die sich unter den Augen der französischen Be-
satzungstruppe ungehindert auswirken konnte, erst im letzten
Aufstand, der eine für Polen ungünstige Entscheidung des
Obersten Rates verhindern sollte. Wir wollen es unterlassen,
zum soundsowjetischen Male die ungeheuren Leiden, die die
deutsche Bevölkerung dieses Landes unter der Regierung und
Verantwortung der Interalliierten Kommission zu erdulden
hatte, heute zu schildern, aber jeder objektiv Urteilende wird sich
sagen müssen, daß der deutsche Selbstschutz keine Organisation
ist, die sich ausgerichtet hat, um der Autorität der Interalliierten
Kommission Abbruch zu tun, sondern daß er naturnot-
wendig entstehen mußte, weil die Interalliierte Kommission
ihre Autorität verloren und die Bewohner des
Landes einer beispiellosen Willkürherrschaft mordender Ban-
den ausgeliefert hatte.

Wir Oberschlesier können den von französischer Seite wie-
derholt gemachten Einwand, daß die Unterdrückung des Auf-
stands in seinen Anfängen nur unter schweren Blutopfern zu
verhindern war, nicht anerkennen, weil die Folgezeit ein-
wandfrei erwiesen hat, daß in den nachfolgenden Kämpfen
zwischen den Insurgentenbänden und der sich zum Widerstand
aufraffenden deutschen Bevölkerung mehr Menschenleben ver-
nichtet wurden, als wenn Korsantj gleich von vornherein ge-
zeigt worden wäre, daß die gewalttätige Lösung der oberschle-
sischen Frage nicht geduldet wird. Aber bei dem innigen Zu-
sammenhänge der französischen und polnischen Politik war das
ganz ausgeschlossen, und inzwischen ist ja durch Auslassungen
italienischer Politiker zur Genüge bekannt geworden, daß die
Korsantj-Politik die Billigung der französischen Regierung
hatte. Wenn also die französische Regierung sich jetzt das
Recht herausnimmt, gegen den deutschen Selbstschutz in Ober-
schlesien Stellung zu nehmen, so muß ihr entgegengehalten wer-
den, daß dieser Selbstschutz nur die Rehrseite
der französischen Politik ist und erst dann entstand, als die
polnischen Insurgenten 15 Kilometer vor Oppeln stan-
den und die Leiden der deutschen Bevölkerung ein unerträg-
liches Maß erreicht hatten.

Ist es schon einigermaßen befremdend, daß der bekannte
Schritt des französischen Kabinetts in Berlin von diesem allein
unternommen wurde, so ist es geradezu erstaunlich, daß die
französischen Besatzungstruppen sich jetzt durch den
deutschen Selbstschutz bedroht fühlen, während sie doch bis-
her mit den vielfach stärkeren Insurgentenbänden monatelang
im besten Einvernehmen gelebt haben. Ebenso scheint uns
nicht ganz logisch zu sein, daß das Bestehen des deutschen
Selbstschutzes es der Interalliierten Kommission unmöglich
machen soll, eine Entscheidung über das Schicksal des Landes zu
fällen, die dem Abstimmungsergebnis entspricht, und die auch
die wirtschaftlichen Zusammenhänge des Landes berücksichtigt.

Man verfuhr in der Note, die deutsche Regierung für
angebliche Attentate des deutschen Selbstschutzes gegen die
französischen Truppen verantwortlich zu machen. Wir müssen
mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Interalliierte
Kommission bisher stets zu erkennen gegeben hat, daß sie eine
fremde Staatshoheit in Oberschlesien nicht anerkennt und sie
die alleinige Trägerin der Staatsgewalt ist. Auch die Fest-
stellung, daß die Polizei in Oberschlesien in verschiedenen Fällen
französische Angehörige der Besatzungstruppen nicht gefaßt
hat, fällt mit voller Schärfe auf die Interalliierte Kommission
zurück, denn sie hat doch die Sicherheitspolizei be-
seitigt und an ihre Stelle die Abstimmungspolizei gesetzt,
deren polnischer Teil bei Ausbruch des Aufstands geschlossen
zu den Insurgenten überging. Es sind doch allein die Ber-

ordnungen der Interalliierten Kommission, die jede Volksgewalt in Oberschlesien zerstört haben. Es ist also weder die Schuld der deutschen Bevölkerung noch der Regierung in Berlin, wenn die anarchischen Zustände in Oberschlesien zu einer Gefahr für diejerigen werden, die sie herausgeschworen haben.

Wir stehen auf dem Standpunkt, daß französische Verstärkungen für Oberschlesien nicht notwendig sind, weil die hier anwesenden Truppen vollaus genügen, die öffentliche Ruhe und Ordnung zu garantieren, wenn sie nur den ersten Willen zeigen, unter allen Umständen Befehlsverletzungen, von welcher Seite sie auch kommen mögen, mit entschiedenem Nachdruck entgegenzutreten. Aber daß sie das tun, haben wir bislang noch nicht gemerkt, und das vor unseren Augen sich abspielende Räumungstheater drängt uns die Ueberzeugung auf, daß Ruhe und Ordnung auch dann nicht in Oberschlesien gewährleistet wären, wenn 100 000 französische Soldaten in das Abstimmungsgebiet geworfen würden.

Die Verhältnisse in Polen sind nicht so rosig, wie man sie nach außen hin zu zeigen versucht. Die inneren Schwierigkeiten werden ständig größer, das Wirtschaftsleben droht zusammenzuberechen und Frankreich ist genötigt, immer neue Millionen in dieses Land hineinzuworfen. Der Bolschewismus, jetzt noch von inneren Schwierigkeiten sieberhaft geschüttelt, ist trotzdem noch immer keine überwundene Gefahr und kann plötzlich nach dem Westen herüberzünden. Die polnische Barriere, selbst innerlich morsch, ist außerstande, diesen Strom aufzuhalten. Die „Ränge“ scheint nicht mehr ganz fest zu sein, und soll etwa Oberschlesien das Bollwerk sein, das diese Gefahr bannen soll? Soll deshalb Oberschlesien das „Kriegsarsenal“ für die französischen Aspirationen im Osten bilden?

Wir bedanken uns ganz entschieden dafür, Objekt dieser Politik zu sein. Nach unserer Kenntnis steht einer gerechten Entscheidung über die Zukunft des Landes nichts im Wege, als nur das Bestreben der französischen Politik, sie möglichst lange hinauszuzögern.

Das Burgenland österreichisch.

Nachdem der Friedensvertrag zwischen der Entente und Ungarn, der Vertrag von Trianon ratifiziert worden ist, ist der Anspruch Oesterreichs auf das Burgenland rechtskräftig geworden. Ungarn ist verpflichtet, das Land bis zum 27. August zu räumen und an Oesterreich zu übergeben.

Die deutschen Sprachgebiete der Gespanschaften Presburg, Oedenburg, Wieselburg und Eisenburg hatten früher zu Oesterreich gehört, und waren dann von den Habsburgern Ungarn geschenkt worden. Das Land ist aber deutsch geblieben und gehört wirtschaftlich zum Hinterlande Wiens, das es durch seine Brauntobler mit Elektrizität wie auch mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt. Bei den Friedensverhandlungen von St. Germain stellte der damalige österreichische Staatskanzler Renner den Antrag, die Entente solle das ganze deutsche Sprachgebiet in Westungarn von neutralen Truppen besetzen und unter ihrem Schutze das Volk darüber abstimmen lassen, welchem Staate es zugehören will. Die Entente lehnte dies ab. Sie zog es vor, das Gebiet durch ihren Machtpruch zu teilen. Sie gab Presburg den Tschechen, ließ Wieselburg und Altenburg den Magyaren, den Rest sprach sie Oesterreich zu.

Die Wiener „Arbeiterzeitung“ gibt ihrem Bedauern darüber Ausdruck, daß der Bevölkerung des Burgenlandes das Selbstbestimmungsrecht verweigert worden ist, lehnt sich aber entschieden gegen den Gedanken einer nachträglichen Abstimmung unter dem Terror der Horthy-Truppen auf, die nur eine Parodie wäre. Dann gibt sie ihren Befürchtungen über die weitere Entwicklung der Dinge in folgenden Worten Ausdruck:

Aber es ist durchaus nicht gewiß, daß Ungarn nicht in letzter Stunde noch das Schicksal zu wenden versucht. Horthy hat unzweifelhaft im Burgenland an seine Getreuen Waffen verteilen lassen; es ist möglich, daß er seine Offiziere dort einen „Aufstand“

spielen, das Beispiel d'Annunzio's in Fiume, Zeligowski's in Litauen, Korfants in Oberschlesien nachahmen lassen will. Aber selbst wenn Horthy, von der „Keinen Entente“ bedroht, das nicht wagen sollte, ist es möglich, daß die Karlisten den Versuch auch gegen Horthy unternehmen. Es ist denkbar, daß sie die Gelegenheit benützen, Horthy, wenn er das Burgenland räumen will, als „nationalen Verräter“ stürzen und unseren einrückenden Truppen gewaltigen Widerstand entgegenzusetzen versuchen. Dann würde der Kampf um das Burgenland zugleich zum Kampf um Habsburg.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ruft gegen solche mögliche Bedrohungen den Schutz der Alliierten an, die die Friedensverträge garantieren, mahnt aber auch das arbeitende Volk Oesterreichs zur Wachsamkeit. Wenn die habsburgisch-monarchistische Gegenrevolution die burgenländische Sache gewaltsam entscheiden, sie zur Bedrohung der Republik benutzen wollte, dann sei die ganze Arbeiterklasse entschlossen, die Republik mit Leib und Leben zu verteidigen.

Ein deutschnationaler Patriot.

Aus Osnabrück wird uns geschrieben:
Vor wenigen Tagen sprach in Bohmte der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Henning vor den Großgrundbesitzern des Kreises Wittlage zur politischen Lage. Ueber unser Verhältnis zu Frankreich führte er aus: „Mit diesem Volk gibt es keine Versöhnung, und wir wollen keine Versöhnung; es gehört dazu, daß wir dieses Volk wieder hassen lernen.“ Im Herbst dieses Jahres sei mit Bestimmtheit ein Bolschewistenputsch zu erwarten. Der deutsche Vertreter in Moskau führe als Kurier für Radek und sei Bolschewist. Er, Henning, habe der Reichsregierung Material über die Anwesenheit Radeks in Deutschland gegeben, dennoch dementiere sie die Nachricht hierüber. Der preussische Staatskommissar für Ordnung und Sicherheit, Weismann, habe die Erklärung abgegeben, daß Radek in Deutschland sei; man müsse aber trotzdem die Nachricht seiner Anwesenheit dementieren. Ueber das Wirtschaftliche Steuerprogramm sagte Henning wörtlich:

„Sollte sich eine Mehrheit finden, den Wirtschaftlichen Steuerplänen zuzustimmen, so fordere ich Sie heute schon auf, in den Steuerstreik und Mieterstreik einzutreten.“

Herr Major Henning scheint das politische Urteilsvermögen seiner agrarischen Zuhörerschaft recht gering einzuschätzen, da er es sonst kaum gewagt haben dürfte, ihnen derartigen Unsinn vorzureden. Es bedarf auch ohne Dementi kaum eines Beweises, daß die Angaben über die angebliche Aeußerung des Staatssekretärs Weismann unwahr sind. Immerhin wäre es gut, wenn Weismann oder ein Vertreter der Reichsregierung diese Unwahrheit durch eine Erklärung vor aller Welt bekräftigen würden. Die Aufforderung zum Steuer- und Mieterstreik ist ein neuer Beweis für den Patriotismus der Deutschnationalen, der sich dem Verhalten des größten Teiles der Agrarier während des Krieges der Stadtbevölkerung gegenüber würdig zur Seite stellt.

Die Arbeitslöhnung für Kriegsgefangene.

Von mehreren, vor längerer Zeit aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrten Kriegsgefangenen gehen uns folgende Ausführungen zu:

Von jeher war das deutsche Volk besonders bemüht, die Leiden unserer Kriegsgefangenen zu mildern. Unaufhörlich wurden die Gefangenen durch Liebesgaben erfreut und immer aufs neue ermahnt, den Glauben an die mitführende Heimat nicht zu verlieren. Dank einem internationalen Abkommen wurde den Gefangenen auch von den feindlichen Vändern ein Lohn für die diesen geleistete Arbeit gezahlt. Beim Rücktransport nach Deutschland wurde den Gefangenen verkündet, daß die einbehaltenen Hälfte der Arbeitslöhne an die deutsche Regierung zwecks Auszahlung überwiesen werde. Nach fast zwei Jahren erst war auf Umwegen die englische Adresse zu erfahren, welche diese Ansprüche regelt. Während die englische Regierung die Gehaltsziffern in englischem Gelde angibt, wird von der deutschen Regierung ein englisches Pfund nur zu

50 M. rechnet. Mit welchem Recht eine Aufklärung über diese Maßnahme kann man von der Generalkriegskasse nicht erhalten. Es heißt nur, es schwebten Verhandlungen mit den Reichsverbänden, ob mehr gezahlt werden solle. Selbst wenn man der Auszahlung den Kurs der Mark von 1919 zugrundelegt, müßten auf ein englisches Pfund 150 M. gezahlt werden. Es wäre für alle Kriegsgefangenen, die sich in gleicher Lage befinden, von großem Wert, Aufklärung von der deutschen Regierung zu erlangen, da sich unter den Gefangenen eine große Unruhe bemerkbar macht.

Aufmarsch der Arbeiterjugend.

Bielefeld, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Morgen erst beginnt hier der zweite Reichsjugendtag des Verbandes der Arbeiter-Jugendvereine Deutschlands. Von den 7000 gemeldeten Teilnehmern ist noch nicht die Hälfte eingetroffen, dennoch steht Bielefeld schon ganz unter dem Eindruck des kommenden Festes unserer Jugend. Die späte Mitternachtsstunde sowie der erste Sonnenstrahl finden sie zukunftsfroh auf dem Marsche. Vor Begeisterung und Freude leuchten die Augen. Von den Lippen kommen alte Volks- und trübige Kampfeslieder. Ueber den Häuptern flattert unser stolzes rotes Banner. Fackeln weisen den Weg und beleuchten die wandernde Schar, in voller Wanderausrüstung gehen die Arbeiterkinder ein in das alte „Innenstädtchen“. Mit kräftigem „Freiheil“ begrüßen sich die Freunde aus allen Gauen Deutschlands. Verdrückt schaut alles auf das frohe Treiben in den Straßen, auf die schlachten, aufrechten Menschen, die stolz sind, Arbeiter-Jugend zu sein.

Im Hauptquartier in der „Eisenhütte“ wird tüchtig gearbeitet, um all die Ankommenden unterzubringen und die letzten Vorbereitungen für die kommenden Tagungen der Jugend zu treffen. Inzwischen führen vor dem festlich geschmückten Hause unter roten und schwarz-rot-goldenen Fahnen die Jungen und Mädels des arbeitenden Volkes den stauenden Bürgern die alten Reigen und Volkslänze vor, die sie der Vergessenheit entrisen haben. So ist schon jetzt die Stadt angefüllt mit herzerfrischender Fröhlichkeit. Von Stunde zu Stunde, mit jeder neuereintreffenden Schar, wird sie wachsen und ihren Höhepunkt erreichen, wenn morgen abend der endlose Fackelzug von Sparenberg zur Stadt hinabzieht. Am Sonntag abend wird sie einer ersten Rundgebung playmachen müssen, die der schwarz-weiß-roten Jugend und ihren Vätern zeigt, daß der Friede der Welt, der Schutz der Republik und der Rechte des Volkes dereinst Händen anvertraut werden, denen dieses heilige Erbe nie wieder entwandt werden kann. Der ganzen Welt wird die Arbeiter-Jugend-Internationale in dieser Stunde zeigen, daß es wahr ist, was seit gestern unaufhörlich und vieltausendstimmig durch die Straßen Bielefelds braust: Mit uns zieht die neue Zeit!

Postüberwachung und Höhenzollernkontrolle

Vor einiger Zeit veröffentlichten wir eine uns zugegangene Mitteilung, wonach in der Postüberwachungsstelle den Angestellten noch immer verboten sei, die Briefe von Mitgliedern „regierender und ehemals regierender Häuser“ — gemeint waren deutsche Dynastien — zu öffnen.

Von der Leitung und vom Betriebsrat der Postüberwachungsstelle geht uns nunmehr ein Umlauf zu, der von diesen beiden Stellen an die Postprüfer ergangen ist und in welchem mit erfreulicher Unzweideutigkeit die Pflichten der Postprüfung ausgesprochen werden und jene Anweisung ausdrücklich für null und nichtig erklärt wird. Ferner wird in dem Umlauf darauf hingewiesen, daß die Dienststelle niemals jene Anweisung als verbindlich betrachtet habe, wie auch die Praxis beweise, in der wiederholt Briefe von Mitgliedern ehemaliger deutscher Dynastien geprüft worden seien.

In diesem Zusammenhange sei auch darauf hingewiesen, daß dem Betriebsrat der Postüberwachungsstelle Personen angehören, die selbstverständlich an der Durchführung der Postüberwachung im republikanischen Geiste ebenso interessiert sind als wir.

Verpflichtung zur körperlichen Ausbildung der Jugend. In einer Sitzung des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen wurde der Plan eines Befehles über die körperliche Ausbildungspflicht der Jugend grundsätzlich gutgeheißen.

Staat und Schriftsteller.

Von Rag Hochdorf.

Der phantasievolle Schriftsteller Alfred Döblin, der in strenger Gewissenhaftigkeit die deutsche Sprache und die Andacht vor der Würde der Zeitlinge behütet, hat vor seinen Kameraden gesprochen. Die Schriftsteller versammelten sich im alten Herrenhaus, um Klage über ihre geistige und wirtschaftliche Not zu führen, und Döblin sagte ihnen, jedes Wort aus der sorgsamsten Ueberlegung herausgeholt, daß er eine tiefinnerliche, beinahe feierliche Antwort der Kameraden auf all jene kulturellen und stilistischen Probleme fordert, vor die das Leidensjahr 1921 den schreibenden Künstler stellt; es müsse eine Verquickung des Wortes mit dem Gedanken derart vorgenommen werden, daß der Dichter mit äußerster Heißhörigkeit und Heißhelligkeit allen Erscheinungen unseres Daseins entgegenschreie.

So legt Döblin das Ethos, das allein Schriftstellerethos sein soll, mit einiger Herbeheit fest. Ueber Staat und Schriftsteller (sein Vortrag ist als Sonderdruck im Verlag für Sozialwissenschaft erschienen) will er sprechen. Er ist so sehr von der Pflicht des Schriftstellers durchdrungen, daß er beinahe vollkommen die Pflicht des Staates vergißt. Man lobt sein gebietendes und vielseitig warnendes und aufrüttelndes Pathos. Man möchte aber als Mitkämpfer in diesem Ringen und als einlgermaßen schmerzhaft zuschauender Beobachter den Kulturwächtern des Staates sagen, daß sie den Schriftsteller, der auf die Nachwelt kommen wird, heute mehr und achtsamer der Schutzlosigkeit ausliest, als es Regierende nach anderen Grundgesetzen und Systemen getan haben. Einige Zeit nach dem Umschwung beliebten die staatlich berufenen Kulturwächter eine beschreibende Schöndrederei zugunsten jenes vogelfreien Mannes, den man einen Schriftsteller heißen kann, und der Dichtigeres ist als irgendein Schnellläufer hinter dem schmierigen Alltag. Dann aber ließ man diesen besonderen, diesen sichtbar kostbaren, wenn auch nicht unmittelbar wie eine Nähmaschine brauchbaren Mitbürger elendig für sich selber laufen. Man überließ und überließerte ihn wieder seiner Einsamkeit, die häufig ein Mariqrium des Körperlichen ist. Unter dem Vorwande, daß die Staatskasse leer und überlastet sei, machte man den Schriftsteller zu dem elendesten Proleten der Republik. Wo alles nach Regeln der Vernunft und des Wohlwollens geordnet werden sollte, gab man ihn der niedrigsten kapitalistischen Ausbeutung wieder preis. Man ließ ihn nicht nur hungern im Magen, man verschloß sich ihm auch, indem man fernerlei sittliche Ermunterung hergab. Was allein wirksam betriebebar wurde, das war die Aufmerksamkeit vor allerhand schmutzigen Ohrenbläsern, die dem fastigen Schriftsteller das schäumende Blut aus den Adern pressen sollen.

So geschah es, daß die Besten und am sichersten Begabten Werke der Verzeiwung hervorbrachten. Die Schriftsteller, verlassen vom

Staat, ausgeliefert der schwer zu packenden Masse, wurden zu Krämpfen und Akrobatenkunststücken gezwungen. Sie mußten, um die Neugierigen heranzuziehen, schreien, brüllen und zetern oder Ormassen schneiden. Sie konnten nicht Schöpfer und Seher sein, sie mußten sich zu Schlußfesseln und schaurig übertriebenden Kriminalmärchenzählern aufdonnern. Sie mußten klingen, anstatt zu formen. Sie mußten Grobschmiede sein, anstatt zu ziselieren. Der Staat, der sich heute gar nicht um seine Schriftsteller kümmert, vernichtet nicht nur Existenzen, er verdirbt auch die Westseite. Er wird zum Feinde der Kunst. Die Republik verlangt nach der Schönheit, sie fördert aber den Schund. Und bekämpft sie nachher den gleichen Schund, den sie verschuldet hat, so betreibt sie niederträchtige Heuchelei.

Es ist ein Wunder, daß es Döblin noch gelingt, so viele Schriftsteller um sich zu scharen, die entschlossen sind, seinen Ruf zur Einsicht und leidenschaftlichen Selbstzucht als Spornung und heiß läuternde Predigt hinzunehmen. Wir aber, die wir die tolle Sorgenlosigkeit der republikanischen Führer sehen, heben flehentlich und warnend beide Hände auf und zeigen auf die Krankheit, die bald den deutschen Geist aufgezehrt haben wird, sofern die Köpfe trotz aller Befonnenheit und die Kassen trotz aller Ebbe nicht schleunigst geöffnet werden!

Gestimmte Chirurgie. Die Deutsche Kinotechnische Gesellschaft veranstaltete gestern im Kaiserin-Friedrich-Hause für das ärztliche Fortbildungswesen die Vorführung neuartiger chirurgischer Lehrfilme mit Aufnahmeapparat des Dr. v. Rothe vor einem geladenen Publikum. Behörden, Wissenschaft und Presse waren auch vertreten. Der geschäftsführende Vorsitzende der Gesellschaft, Dr. Rothe, begrüßte die Anwesenden und machte mehrere Mitteilungen, darunter die, daß bei der Technischen Hochschule in Charlottenburg ein Institut für Kinematographie eingerichtet werden wird. Dr. Carl Forch, Geh. Regierungsrat vom Reichspatentamt, setzte in technischen Erläuterungen die großen Schwierigkeiten bei medizinischen Filmaufnahmen auseinander und machte auf die Vorzüge des von Dr. Rothe erfundenen Apparats, namentlich für die Studenten, welche bei früheren gar zu wenig zu sehen bekommen, aufmerksam.

Die Leistungen dieses Apparates wurden darauf in Filmproduktionen veranschaulicht, wobei Professor Dönitz die medizinischen Erklärungen gab. Die Darstellungen boten auch für Laien viel Interessantes und Beflehrendes, wenn auch wohl manche bei der naturgetreuen Wiedergabe anatomischer Vorgänge ein gelindes Grausen spüren mochten und die starken Reizen der Mediziner schätzen lernten. Zuerst schaute man die Operation eines Aneidenschleimbrosches, wie Geheimrat Biter sie ausführt, weiterhin die Auswechslung eines Knochenabszesses, eine Brustamputation, eine Magen-Darmoperation und die an einem kleinen Kinde vollzogene Operation des Schließhalses. Daß der neue Apparat eine große Zukunft hat, wurde klar gemacht. Sein Erfinder, Dr. Alexander v. Rothe, Chefarzt der chirurgischen Abteilung des städtischen Kranken-

hauses Berlin-Wilmersdorf, hielt noch eine Ansprache und gedachte dabei mit warmen Dankworten der Männer der Wissenschaft und der Geldspender, welche sein Werk so gründlich unterstützt haben.

M. Sch.
Lehrstuhl für Gartenbaukunst. Dem Gartendirektor der Stadt Charlottenburg, Erwin Barth, ist mit Genehmigung des Kultusministers die Abhaltung eines wöchentlich zweistündigen Unterrichts in Gartenbaukunst während eines Semesters im Studienjahr an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg übertragen worden.

Vormittagsausflüge nach Amerika. Auf der historischen Geburtsstätte des Flugzeuges zu Dayton in Ohio, wo vor 18 Jahren die Brüder Wright den ersten Ein-Minuten-Flug vollendeten, sind geheime Versuche mit einem neuen Flugzeug ausgeführt, von dem man behauptet, daß der Flugverkehr dadurch eine vollständige Umwälzung erfahren werde. Wie englische Blätter mitteilen, hat der noch lebende der beiden Brüder, Orville Wright, diese Versuche selbst zu einem erfolgreichen Ende geführt.

Der Schlüssel des eisenschützig bewahrten Geheimnisses ist eine neue Art der Tragflächen. Man behauptet, daß das geheimnisvolle Flugzeug tatsächlich drei Tragflächen in einer einzigen haben wird. Das ganze Vorderteil ist abnehmbar, während die anderen Teile zusammen- und herausgeschoben werden können. Der Zweck dieser Erfindung ist, dem Flieger die Möglichkeit zu gewähren, daß er die Tragflächen beliebig groß machen kann, und auf diese Weise ist er imstande, wie beim Reffen von Segeln zu verfahren, nach Bedarf eine größere Schnelligkeit zu erzielen oder eine größere Fähigkeit des Lastentragens und des langsamen Landens. Nach den Angaben des Erfinders werden diese neuen Tragflächen die Schnelligkeit der Flugzeuge um etwa 45 Kilometer in der Stunde vermehren; die Belastung wird sich um das Fünffache steigern lassen, ohne daß die Kraft der Maschine vergrößert werden wird. Die Versuche mit der neuen Konstruktion zeigten besonders erstaunliche Leistungen im sicheren und exakten Landen. Das Flugzeug konnte an einer ganz bestimmten Stelle niederbegeben. Ein großer Verehrer des neuen Flugzeuges ist der französische Flieger Blériot, der den Probestiegen beizwohnte. Er erklärt, daß die Zeit nicht fern ist, wo man Paris am Morgen in einem Flugzeug verlassen, in großer Höhe und Schnelligkeit den Ozean überfliegen und zur Frühstückzeit in New York ankommen können wird, worauf man des Nachts wieder in Paris sein kann. Nach seiner Ansicht wird es mit den neuesten verbesserten Maschinen möglich sein, eine Geschwindigkeit von 600 Kilometern in der Stunde bei langen Transoceanflügen festzuhalten.

Der wiedererwachte „Traumulus“. Im Residenz-Theater findet die Uenaufführung des Schauspiels „Traumulus“ mit Albert Ballermann in der Titrolle am Mittwoch, 2. August, abends 7 Uhr statt.

Burenende für die Frankfurter Universität. Der aus Transvaal stammende Doktor Albertus van Rijn, der an der Frankfurter Universität Chemie studierte, hat der Studentenhilfe der Universität und dem Chemischen Institut zu Fortschrittszwecken 24 000 Mark überwiesen. Das Geld entstammt einer Sammlung unter den Akademikern Transvaals.

Sächsische Hunde.

Unter diesem Titel veröffentlicht der „Miesbacher Anzeiger“, zwar nicht das Amtsblatt, aber doch das Lieblingsblatt der bayerischen Regierung, das der Ministerpräsident sehr ostentativ durch den Landtag zu tragen pflegt, derartige Verleumdungen gegen den sächsischen Bruderstaat, daß es angezeigt erscheint, die bayerische Regierung, welche in der Beseitigungssache gegen ein badisches Blatt bei der Garais-Affäre ein so feines Ehrgefühl offenbart hat, auf ein staatliches Einschreiten gegenüber diesem geradezu gemeingefährlichen Organ hinzuweisen.

Der Grund der Erregung ist die unanständige Behandlung eines widerpenigen bayerischen Oberschlesien-Kämpfers in Halle. In dem Artikel heißt es:

„Das schmierigste, strotzende Gesindel Sachsens, degeneriert seit Jahrzehnten, emmeret und, wie solche Tiere immer sind, grausam, hat sich in Halle seit 1918 schon häufig durch Rohheiten bemerklich gemacht. Einzelnen kann jeder Feiertagschüler das Knochenkauf, von allen Pastern zerfressene Gesindel niederzuschlagen. Bekanntlich hat die sächsische Industriegegend 1914 die einzigen Truppen ins Feld geschickt, die sich sogleich durch Unzuverlässigkeit und Feigheit bemerklich machten. — Wenn die Reute vom Korps Oberland schon wirklich durch Sachsen reisen müssen, sollen sie sich immer zu Dreien oder Vierern zusammen tun und ein paar von der Revolutionsbande „durchtun“, wenn sie frech werden! Dann kuscheln die sächsischen Hunde gleich wieder!“

Herr v. Kahr kann auf sein Leibblatt wirklich stolz sein! Ohne die Bedeutung des „Miesbacher Anzeiger“ zu überschätzen, muß doch gesagt werden, daß die gemeine Gesinnung, die dieses Blatt offenbart, die Atmosphäre in einer Weise vergiftet, daß hieraus eines Tages eine öffentliche Gefahr entstehen kann.

Deutsch-schweizer Verhandlungen.

Berlin, 29. Juli. (B.Z.) Wie wir hören, sind zwischen der deutschen und schweizerischen Regierung Verhandlungen über den Abschluß eines allgemeinen Schieds- und Vergleichsvertrags eingeleitet worden. Es handelt sich darum, für die zwischen den beiden Regierungen entstehenden Streitfragen, die nicht auf diplomatischem Wege erledigt werden können, entweder ein obligatorisches Schiedsgerichtsverfahren oder ein obligatorisches Vergleichsverfahren zu vereinbaren. Die ersten Besprechungen finden in diesen Tagen im Auswärtigen Amt statt. Sie werden auf schweizerischer Seite von Prof. Raghuber, einer der bekanntesten Autoritäten auf dem Gebiete des internationalen Rechts, geführt.

Waffen- und Munitionsmuggel an der bayerisch-österreichischen Grenze. Der „Bayerische Kurier“ meldet aus Simbach am Inn über einen Waffen- und Munitionsmuggel. Die Simbacher Grenzwachbeamten griffen bei Mühlau fünf Männer auf, die mit einem Boot vom österreichischen Ufer herübergefahren kamen, um 400 Gewehre und 20 000 Patronen französischer (?) Herkunft, die auf drei Wagen verladen waren, zu überneimen. Waffen und Munition wurden beschlagnahmt. Am österreichischen Ufer nahm die Finanzwache acht Personen fest, welche die Schmugglerwaren beschaffen sollten.

Groß-Berlin

Die Hige.

Gereimtes und Angereimtes.

Unsere Wetterpropheten und -gelehrten haben jetzt große Zeit. Man wünscht Tag für Tag erneut ihren Rat über die Hige, sie spenden ihn auch gern. Aber die Hige wird dadurch nicht gemildert. Im Gegenteil, sie nimmt eigentlich ständig zu, und da uns die Wissenschaft lehrt, daß auch der Mensch zu gewissen Teilen aus Fett besteht, so ist die Gefahr nicht von der Hand zu weisen, daß diese fettigen Bestandteile sich unter der Hige ebenso reduzieren und verflüchtigen wie die Margarine, die man überhaupt nur noch mit Röllchen verarbeiten kann.

Dabei ist das Wort Hige eines der angesehensten, das sich ein Dichterkind wünschen kann. Es läßt sich beinahe alles darauf reimem, z. B. „ich schwitze“ und nur einen kleinen Schritt weiter: „aus jeder Hige“. Eigentlich müßte es heißen: aus jeder Pore. Aber das würde sich nicht reimem. Darauf würde als Antwort kommen: Du, nun laß die Hige, sonst kriegst' eins auf die Hige. Wieder müßte es heißen: Hige, aber das reimt sich auch nicht, und Hige ist gutes Berliner Deutsch. Hige reimt sich wunderbar auf Hige, aber vor dem Wort bekommen unsere Frauen und Mädchen gleich Angst. Doch ist ein kleiner Unterschied dabei wahrzunehmen. Geht man neben ihnen und sagt: Es blüht, dann gucken sie erschreckt nach dem Himmel und rufen: Wo denn? Geht man aber hinter ihnen und sagt es blüht, dann sind sie ganz still und machen nur eine charakteristische Handbewegung.

Und nun zum Schluß wollen wir versuchen, alle Higerime zusammenzufassen. Also:

Bei dieser blühen Hige
da heißt es nur — ich schwitze.
Zu Haus laß ich die Hige,
es nützt mir nichts, ich schwitze,
wo ich nur steh' und sitze —
ich mache keine Hige —
selbst aus der kleinsten Hige
ich schwitze, schwitze, schwitze,
Doch habe Luft ich bei der Hige,
so flücht die Mücke, beißt die Gnige.
Und badet frei man, wie ein Blüß
in Potsdam kommt die Schulpöß.
Des Spielers Bäuchlein wurd' schon spit,
das Fett verdampfte bei der Hige.
Nun, eh' mir auch verdampft der Blüß,
sieh ich zu Petrus: Blüß und spritz!

Jugendpflege in Groß-Berlin.

Die Deputation für allgemeine Wohlfahrt und die Deputation für Jugendwohlfahrt hatten Vertreter der Presse nach dem Rathaus eingeladen, um über ihre neuen Satzungen und die künftige Einrichtung des Wohlfahrts- und des Jugendwohlfahrtswekens zu berichten.

Die Vorsitzende der Deputation für Jugendwohlfahrt, Frau Stadträtin K. Wenzl, zeichnete ein Bild der

neuen Einrichtungen der Jugendwohlfahrt

und legte besonders eingehend die Grundzüge der Erholungs- und Fürsorgeerziehung und der Waisenpflege dar. Dabei erwähnte sie u. a., daß über 40 000 Kinder zurzeit auf den Ferienpielpätzen von Berlin täglich spielen und versorgt würden. Ferner hob sie besonders hervor, welche neuen Ziele die Waisenpflege in der individuellen Behandlung der einzelnen Zöglinge sich gesetzt habe. Die Ausbildung eines sogenannten Familiensystems in den Waisenhäusern, die seelische und geistige Förderung der Zöglinge sowie die Heranbildung für einen städtischen oder ländlichen Beruf seien Aufgaben, die vor allem zu lösen seien. Zum Schluß betonte sie noch

mit, daß am 1. August in Pichtenrade ein neues Jugendheim für noch nicht schulpflichtige Waisenkinder und in einem zweiten Hause für schwachmüchtige Jugendliche über 14 Jahre eröffnet werden würde.

Im Anschluß hieran berichtete Herr Stadtrat Hinge als Vorsitzender der Deputation für allgemeine Wohlfahrt über die schweren Aufgaben, die nach dem Kräfte dieser Verwaltung erwachsen seien. Sei doch der

Etat der bisherigen Armenverwaltung

von etwa 14 auf 30 Millionen Mark gestiegen. Leider sei auch die Sterblichkeit der Armenempfänger stark in die Höhe gegangen und nehme erst seit kurzem wieder ab. Die Bemessung der Pflegegelder und Unterstützungssätze müsse nach Möglichkeit den Teuerungsvhältnissen angepaßt werden.

Hierauf gab der Generalbegehrnt der Deputation für Jugendwohlfahrt, Dr. Ollendorff, einen Überblick über den Stand der Organisationsarbeiten. Danach ist an Stelle des früheren Altberliner Jugendamts und seiner vier Einzelämter nunmehr ein einheitliches Jugendamt der Stadtgemeinde Berlin getreten, welchem die Sorge für die

Einheitlichkeit der Jugendwohlfahrtspflege

in der ganzen Stadtgemeinde obliegt. Die örtliche Jugendwohlfahrtsarbeit wird durch die Bezirkswohlfahrts- und Jugendämter der Verwaltungsbezirke durchgeführt und ist auch schon für die Verwaltungsbezirke I bis VI zum größten Teil dezentralisiert. Es sei zu hoffen, daß die Dezentralisation in Alt-Berlin bis zum 1. Oktober, spätestens bis 1. Januar beendet sein werde. Bei der Deputation für Jugendwohlfahrt seien ein Beirat aus Bezirksvertretern und Sachverständigen aus Vertretern der freien Jugendwohlfahrtspflege aller Richtungen und der Jugend gebildet worden.

Mit dem Wunsche, daß sich die Zusammenarbeit zwischen Wohlfahrts- und Jugendamt und der Presse zu einer dauernden und vertrauensvollen gestalten möchte, und mit einem Dank an die erschienenen Pressevertreter schloß Frau Stadträtin Wenzl die Besprechung.

Erstlagen und verbrannt.

Mit einem Rock in Buchholz bei Fürstenwalde beschäftigt sich die hiesige Kriminalpolizei. Am 17. d. M. brannte in Buchholz eine Scheune nieder. Man vermutete von vornherein eine Brandstiftung, und diese Annahme fand beim Aufräumen des Brandherdes ihre Bestätigung. Unter den Trümmern wurde die Leiche einer weiblichen Person gefunden, die so stark verkohlt war, daß ihre Persönlichkeit nicht mehr einwandfrei festgestellt werden konnte. Die Obduktion der Leiche ergab eine starke Schädelverletzung, die auf ein schweres Verbrechen schließen läßt. Der Befund spricht dafür, daß die Scheune, nachdem das Mädchen, in der Scheune er-

Wer von der SPD. spricht am Sonntag, den 31. Juli, auf der Kundgebung „Nie wieder Krieg“?

Jacob Ullmaier, A. Häuhler, Gustav Heller, Dr. Ostrowski, Wilh. Siering, Heinz Vierbächer, Pfarrer Bieler und Pastor Franke für die Friedensgesellschaft, Franz Kleffsch für den Republikanischen Führerbund, Alfred Frische f. d. Arbeiterjugend.

Kommt alle, Genossen, Wähler und Freunde der SPD., Männer und Frauen, sowie Jünglinge und Mädchen, und hört unsere Genossen!

schlagen war, in Brand gesteckt worden ist, um die Spuren des Verbrechens zu verwischen. Seit dem 16. d. M., am Abend vor dem Brande, wird eine 27 Jahre alte Bertha Lamm aus Schöneberg, die sich mit ihren Eltern in Friesen bei Fürstenwalde zur Erholung befand, vermisst. Wahrscheinlich handelt es sich bei der Toten um das vermisste Mädchen, das seit einer Reihe von Jahren unter dem dämonischen Einfluß eines 30 Jahre alten Schauspielers Gerhard Fuchs, einem Komödianten, stand, der bei einer fahrenden Theatertruppe mitwirkte, und der das Mädchen überredet hat, sein Elternhaus zu verlassen. Drei Jahre lang zog das junge Paar von Ort zu Ort, bis das Mädchen im Mai d. J. ganz heruntergekommen, reumütig zu seinen Eltern zurückkehrte und versprach, sich um ihren Verführer nicht mehr zu kümmern. Dieser oder stellte dem Mädchen weiter nach. Angehörige des Mädchens trafen ihn mehrfach, und am 16. d. M., als sie ihm in Briefen begegnete, wohin die Familie auf Sommerwohnung gezogen war, erhielt er sogar eine Trostige Prügel. Seit dem 16. Juli ist die Tochter spurlos verschwunden. Am nächsten Tage brannte in der Nähe die Scheune nieder.

Mit der Aufklärung dieses geheimnisvollen Verbrechens beschäftigt sich jetzt die hiesige Kriminalpolizei, da angenommen wird, daß Fuchs seiner früheren Gesichten aufgefauert und sie nach der Scheune verschleppt hat. Zweidienliche Mitteilungen, die zur Aufklärung des Verbrechens führen können, besonders auch über den jetzigen Aufenthalt des Fuchs, sind an Kriminalwachtmeister Stoll, Dienststelle B. I. 11 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Offener Brief an die Hausfrauen der Stadtgemeinde Berlin.

Werte Hausfrauen!

Ihnen allen ist bekannt, daß die offenen Ladengeschäfte, Warenhäuser etc. in Berlin abends um 7 Uhr schließen, aber nicht alle von Ihnen werden wissen, daß wir schon seit Jahren um den 6-Uhr-Ladenschluß kämpfen. Immer wieder wehren die Arbeitgeber unserm Begehren mit der Begründung, daß am meisten gerade die Kreise, welche „den Arbeitern und Angestellten nahesteht“, ihre Einkäufe nach 6 Uhr abends erledigen.

Für uns ist kein Zweifel, daß dies vielmehr die Frauen tun, welche den Unternehmern nahesteht, und wir bauen darauf, daß jede Arbeiter- und Angestelltenfrau, die selbst organisiert ist, oder deren Mann zum mindesten der Organisation angehört, mit Rücksicht auf die Forderungen der Angestellten ihre Einkäufe im Laufe des Tages macht. Aber, wer teure Genossinnen, gibt es nicht auch in unseren Kreisen noch genug gedankenlos handelnde Hausfrauen, die auf unseren Kampf hingewiesen werden müssen? Und wer könnte das besser als Sie, die Sie beim Einkauf oder im Hause immer noch am ersten mit solchen Frauen zusammenkommen, denen stets erst im letzten Augenblick, „kurz vor Torenschluß“, einfällt, was unbedingt noch heute (!) besorgt werden muß? Jene Oberflächlichen, die uns in unserem Bestreben hemmend im Weg stehen, gilt es, auszuräumen.

Genossinnen! Wir rechnen auf Ihre Hilfe! Nicht besser sind die Unternehmer zum Nachgeben zu bringen, als durch die Tatsache, daß die letzte Tagesstunde, nämlich die Zeit von 6—7 Uhr, nicht mehr zum Einkauf benutzt wird. Sorgen Sie dafür, daß von 6—7 Uhr die Geschäfte vom Kauf-Publikum leer sind, dann wird der Unternehmer auf unser berechtigtes Verlangen auch eingehen.

Mit gewerkschaftlichem Gruß
im Auftrage des Zentralverbandes der Angestellten.
Grete Weinberg.

Aus den Kreisen.

Die Kreisvertreterversammlung des 7. Kreises (Charlottenburg) fand am 21. Juli in der Schulaula Spreestraße 29 statt. Zunächst wurde ein Antrag einstimmig angenommen, der die „regelmäßige“ Lieferung der „Gleichheit“ verlangt. Ein anderer Antrag, der vom Bezirksvorstand fordert, mit aller Kraft für eine Wiedervereinigung der USP. mit unserer Partei zu wirken, zunächst aber zu versuchen, wenigstens ein Zusammenarbeiten in allen parlamentarischen Körperschaften zu erreichen, um dadurch ein Gegenmittel gegen die vereinigten bürgerlichen Parteien zu schaffen, wurde gegen einige Stimmen angenommen. Ferner wurde einstimmig beschlossen, zum Parteitag einen Antrag einzubringen, daß der Beschluß erneuert werde, der den Parteigenossen verbietet, in bürgerlichen Gremien über politische Fragen zu schreiben, zu denen innerhalb der Partei noch keine endgültige Stellungnahme erfolgt ist. Der Parteivorstand soll dabei gleichzeitig angewiesen werden, auf die strengste Durchführung dieses Verbotes zu achten und gegen Verstöße unanlässlich ohne Ansehen der Person vorzugehen. Als Delegierter zum Parteitag wurde dem Bezirksrat der Vorsitzende des 7. Kreises, Genosse Will, vorgeschlagen. Das Wahlfest, das der Kreis am 31. Juli in der Jungfernhöhe veranstalten wollte, wurde wegen der am gleichen Tage stattfindenden Demonstration „Nie wieder Krieg“ auf den 7. August verlegt.

Lebensversicherung der Volksfürsorge.

Mit dem 1. Juli 1921 hat die Volksfürsorge die sogenannte Groß-Lebensversicherung eingeführt, ohne ärztliche Untersuchung von 5000 bis 20 000 M. und mit ärztlicher Untersuchung von 5000 M. aufwärts. Kein Gewerkschaftsangehöriger oder Genossenschaftler hat es in Zukunft mehr nötig, seine Versicherungen bei privatkapitalistischen Versicherungsgesellschaften abzuschließen, weil auch sein eigenes Unternehmen, die von den Gewerkschaften und Konsumgenossenschaften gegründete Volksfürsorge alle Zweige der Volks- und Lebensversicherung einführt hat. Ueber 800 000 Versicherungen sind bereits bei der Volksfürsorge abgeschlossen. Ein Beweis für das stetig wachsende Vertrauen der weitesten Volksschichten. Bei der Volksfürsorge erhalten die Versicherten die Versicherung zum Selbstkostenpreis, da alle privatkapitalistischen Gewinne ausschneiden.

Auf Grund vieler Anfragen sei noch mitgeteilt, daß eine Befreiung von der Angehörigenversicherung durch Abschluß einer Privatversicherung augenblicklich nicht möglich ist. Die Rechnungsstelle 1 der Volksfürsorge, Engelauer 13, ist gern bereit, allen Interessenten kostenlos Auskunft zu erteilen.

Sonntagssonderzüge.

Die Sonntagssonderzüge, zu denen Fahrarten für die Hin- und Rückfahrt zu ermäßigten Preisen verkauft werden, sollen, wie bereits kurz gemeldet, günstiger gelegt werden.

Dies trifft vor allen Dingen für den Sonntagssonderzug zu, der bisher vom Stettiner Bahnhof um 6.25 früh nach Löwenberg und Fürstenberg verkehrte. Er wird von Sonntag, den 31. d. Mts. ab von Stettiner Bahnhof um 8.40 abfahren, erhält in Gesundbrunnen einen neuen Aufenthalt und wird ebenso wie in Fichtengrund, Rassenheide und Löwenberg auch noch in Gransee halten. Er trifft um 10.52 vorm. in Fürstenberg ein. Der Gegenzug verkehrt zu gleichen Zeiten wie bisher und erhält die gleichen Aufenthalte. Auch der nach Freienwalde um 6.35 vorm. abfahrende Zug erhält neue Aufenthalte, und zwar in Gesundbrunnen, Biesenthal und Reichow.

Für die durch die neuen Aufenthalte neu geschaffenen Verkehrsbeziehungen werden besondere Fahrarten aufgelegt; die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt 4. Klasse kosten: nach Gransee 11 M., nach Biesenthal 6 M. und nach Reichow 6,50 M. Ein Verkauf von Fahrkarten für die Sonderzüge findet auf dem Bahnhof Gesundbrunnen nicht statt, da die auszugebende Anzahl von Fahrkarten genau festgelegt ist. Ausflügler, die die Sonderzüge ab Bahnhof Gesundbrunnen benutzen wollen, lösen die Sonntagsrückfahrkarten zweckmäßig bereits am Sonnabend auf dem Stettiner Bahnhof.

Im Feriehelm der Gemeinde Nowawes sind eine Anzahl von Plätzen neu geschaffen. Es können daher noch etwa 20 Kinder aufgenommen werden. Den Vorzug erhalten verwaiste Kinder und solche aus kinderreichen Familien, bei denen auch die Mütter der Erwerbsarbeit nachgehen. Das Wochenlohn beträgt 2 M. Hierfür wird morgens und nachmittags Milchkoftee gewährt, außerdem zum Mittag warme Quäterspeisung, Egelocher und Brot müssen die Kinder mitbringen. Die Kinder sollen angehalten werden, das Heim regelmäßig zu besuchen und nicht ohne schriftliche Entschuldigung der Eltern zu fehlen. Weiblichen Kinder länger als 3 Tage unentschuldig fern, so werden ihre Plätze anderweitig besetzt. Anmeldung erfolgt im Jugendamt Nowawes, Zimmer 2, Rathaus. Bei der Anmeldung haben die Eltern eine Erklärung darüber abzugeben, ob die Kinder an Luft- und Sonnenbädern teilnehmen dürfen.

Erweiterung des Börsengebäudes. Die bisherigen drei Börsenäle haben sich als zu klein erwiesen, deshalb haben Bezirksauschuss und Polizeibehörde ihre Zustimmung zu der Errichtung des vierten Börsenales erteilt. Der Bau soll in der Weise vor sich gehen, daß der Börsenhof mit Glas überdacht wird. Es werden im Interesse guter Lichtverhältnisse Fenster nach der Handelshochschule durchgebrochen. Etwa die Hälfte des Gartens der Handelshochschule wird in Zukunft für die Börsenbesucher reserviert bleiben. Mit dem Bau des vierten Börsenales, dessen Kosten sich auf etwa drei Millionen Mark belaufen werden, wird die Schaffung umfangreicher Kellerräume verbunden sein, die den Banken Unterfunkräume und dem Telefonverkehr neue Ausdehnungsmöglichkeiten bieten werden.

Das Ledigenheim am Brunnenplatz, das seit 1. Oktober 1920 der Stadt Berlin gehört, enthält eine zeitgemäß eingerichtete Badeanstalt, die dem Publikum zur Benutzung gegen Entgelt zur Verfügung steht. Da die Badeanstalt in der Gerichtsstraße erst am 1. September wieder voll in Betrieb gesetzt werden kann, so dürfte für viele Bewohner des Nordens (Gesundbrunnen und Wedding) die Bereitstellung der Brunnenbäder im Ledigenheim sehr willkommen sein.

Rechtsanwalt M. Cewinski, Berlin NO., legt Wert darauf, festgestellt zu sehen, daß er und nicht Rechtsanwalt Bohn in den Prozessen gegen den Mineralwasserfabrikanten Starke, über den wir seinerzeit unter dem Titel „Milbe Richter“ berichteten, die Vertretung geführt hatte.

„Voll und Zell“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postausgabe bei.

Die Waisenkarten für September 1921 werden in sämtlichen Groß-Berliner-Verwaltungsbezirken in den nächsten Tagen ausgegeben, und zwar in Berlin für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am Donnerstag, den 4. und Freitag, den 5., im 3. und 4. Lebensjahre am Sonnabend, den 6. und Sonntag, den 8. August 1921. Ferner gelangen Karten für werdende Mütter (A-Karten), und zwar durch die Protokommissionen zur Einsicht. Die A1 und AII Kinderkarten erhalten je 1/2, und die B1 und BII Kinderkarten, sowie die Karten für werdende Mütter (A-Karten) je 1/2, Alter Bräutigam täglich. Die auf Waisenkarten zu verabschiedende Milch ist zu dem verdilligten Milchpreise von 3 Mark pro Liter an die Bezugsberechtigten abzugeben. Nährmittelbezugsgeld über je 1/2 Pfund werden an die am 1. September 1920 und früher geborenen Kinder, Bezugsgeld über je 1 Pfund Nährmittel an die in der Zeit vom 1. September 1919 bis zum 31. August 1920 geborenen Kinder, zusammen mit dem September-Waisenkarten verabschiedet.

Das Wetter für morgen.

Berlin und Umgebung. Etwas kühler, zeitweise heiter, jedoch überwiegend bewölkt, mit wiederholten Gewitterregen und lebhaften Schwellen Winden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Rheinschiffahrt-Streik beendet.

Der Kampf der Maschinisten und Heizer in der Rheinschiffahrt, der am 22. Mai mit Teilerkrankungen begann und ab 16. Juli bis zum direkten Kampf gesteigert wurde, konnte am 28. Juli mit Erfolg beendet werden.

Durch den Streik war auf dem sonst so belebten Strome die Ruhe des Friedhofes eingeleitet. Die Kohlenversorgung nach Süddeutschland war gänzlich unterbrochen. Die Interalliierte Kommission erteilte einen Aufruf gegen den Streik, worin sie den Streik verbot und strenge Strafen androhte.

Die Maschinisten und Heizer waren von dem einmal aufgenommenen Kampf nicht wieder abzubringen. In beispielloser Geschlossenheit folgte das gesamte Maschinistenpersonal der Parole seines Verbandes und zeigte damit jedem Außenstehenden ein Bild lückenloser Einigkeit.

Am 22. Juli fand unter Vorsitz der hohen Rheinlandkommission in Koblenz eine gemeinsame Verhandlung mit den Unternehmern statt. Den Streikführern der Maschinisten und Heizer war freies Geleit zur Ein- und Ausreise nach Koblenz zugesichert. Anschließend daran trat am 23. Juli der Arbeitgeberverband mit den Vertretern des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer unter Vorsitz des Reichsarbeitsministeriums zu direkten Verhandlungen in Offen zusammen. Eine Einigung der Parteien erwies sich als nicht möglich. Daraufhin traten sofort 4 Vertreter der Reichsregierung zu einem Schiedsgericht zusammen und fällten folgenden Schiedsspruch:

Die Maschinisten und Heizer erhalten mit Rücksicht auf ihre besonders schwere körperliche Arbeit vom 1. Juni bis 30. September dieses Jahres eine Zulage in Höhe von 30 M. die Woche. Die hiernach rückständige Zulage ist sofort nach Annahme des Schiedsspruchs zu zahlen.

Soweit wegen verkürzter Arbeitszeit Lohnabzüge statgefunden haben, steht den Maschinisten und Heizern ein Rechtsanspruch auf Nachzahlung nicht zu.

Die Arbeit ist unverzüglich wieder aufzunehmen. Sämtliche Arbeitnehmer sind wieder einzustellen. Maßregelungen dürfen von keiner Seite vorgenommen werden.

Die Streikleitung berief sofort an allen Stationen des Rheins Versammlungen ein, welche sich mit dem Schiedsspruch beschäftigten. Das Gesamtergebnis der Abstimmung in allen Versammlungen ergab eine erhebliche Mehrheit für Annahme des Schiedsspruchs.

Damit war der Kampf beendet. Die Hauptstreikleitung hat darauf telegraphisch die Aufnahme der Arbeit für den 28. Juli verfügt. 2000 Maschinisten und Heizer kehren auf die verlassen Boote zurück und jetzt sieht sich nun die riesige Flotte der Rheinschiffahrt wieder in Bewegung.

Noch offene Differenzen, die die Deckarbeiter betrafen, wurden in einer weiteren Verhandlung mit den Unternehmern am Donnerstag in Mühlheim an der Ruhr geregelt.

Der moralische Erfolg dieses Kampfes der Maschinisten und Heizer ist noch höher zu bewerten als der erzielte materielle Vorteil. Die bewiesene Geschlossenheit der Streikenden sollte den Unternehmern für die Zukunft eine Warnung sein.

Zur Aussperrung in der Zigarettenindustrie.

Am Laufe dieser Woche haben Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und dem Deutschen Labararbeiterverband stattgefunden. Diese brachten das Ergebnis, daß am Montag die Arbeit wieder aufgenommen werden soll. Die Branchenversammlung der Zigarettenfabrikanten tagte am Donnerstag in den Musterjäten. Ueber das Ergebnis derselben sowie über die ganze augenblickliche Lage wird den Transportarbeitern morgen vormittag 10 Uhr im Schultheiß, Neue Jakobstraße 24/25, Bericht erstattet.

Einigung im Textilgroßhandel. Die Donnerstagabend eingeleiteten Verhandlungen führten nach mehrstündiger Dauer zu einer Einigung. Beide Parteien nahmen einen Vergleichsvorschlag an, der für ledige Hilfsarbeiter über 22 Jahre einen Wochenlohn von 260 M., für die Verheirateten ohne Kinder 275 M., mit Kindern 285 M. vorsieht, ferner eine Erhöhung der rückwirkenden Wirtschaftshilfe auf 300 M. Heute früh wurde die Arbeit in allen Betrieben wieder aufgenommen.

Eine Hehe gegen den Wertmeisterverband wird in der rechtsstehenden Presse betrieben. Sie geht von der Vereinigung Kölner Arbeitgeberverbände aus, denen sich die „Kölnische Volkszeitung“ als Sprachrohr zur Verfügung stellt. Dieses Blatt brachte am 27. Juni eine Notiz, die schwere Vorwürfe gegen den Deutschen Wertmeisterverband enthält. So heißt es unter anderem, der Deutsche Wertmeisterverband habe zwei Meister ausgeschlossen, weil sie verhindert, daß anlässlich des Streiks der Bauarbeiter der vereinigten Stahlwerke von der Zypen und Wilsener Eisenhütten A.-G., Köln-Deutz noch weitere im Werte beschäftigte 1600 Arbeiter brotlos wurden. Diese Behauptung ist gänzlich erlogen.

Der Bezirksverein Köln-Deutz hat den Ausschluß gegen die beiden Schlichter der Arbeitgeberverbände beantragt, weil sie sich in ihren Bestrebungen gegen die Ziele des Verbandes vergangen, und das Ansehen des Wertmeisterverbandes erheblich geschädigt haben, indem sie seit längerer Zeit in Verbindung mit zwei anderen Meistern, die es vorgezogen haben, selbst ihren Austritt zu erklären, eine rege Agitation für einen gelben Wertmeisterverband entfaltet haben. Wiederholte Aufforderungen, in der Versammlung Rechenschaft abzulegen, wie auch alle Bemühungen des Bezirksvorsitzenden in persönlichen Verhandlungen mit diesen „Märglern“ einzutreten, scheiterten an ihrer Hartnäckigkeit und — den Ratschlägen der Direktion.

Uebrigens und außerdem geht es die Arbeitgeberverbände nichts an, was der Wertmeisterverband gegenüber solchen unsolidarischen Elementen in seinen Reihen für notwendig hält. Den Arbeitgeber-

verbänden scheint die ganze Richtung des Deutschen Wertmeisterverbandes nicht mehr zu passen; ein Beweis, daß der Verband auf dem rechten Wege ist.

Die jugendlichen Angestellten von A. Wertheim waren am Mittwoch in Haderlands Festjäten versammelt. Grete Weinberg, vom Zentralverband der Angestellten, beleuchtete in einem ausführlichen Referat die wirtschaftliche Lage der Jugendlichen, insbesondere bei der Firma A. Wertheim. Sie wies auf den Kampf hin, der vom Zentralverband geführt worden ist, um den Jugendlichen ausreichenden Urlaub zu erwirken, und zeigte, wie die Firma Wertheim den Schiedsspruch, der zugunsten der jugendlichen Angestellten ausfiel, noch immer nicht korrekt auslegt. Viele hundert Jugendliche hörten den Ausführungen mit Interesse zu und befanden durch Zwischenrufe und begeisterte Zurufe ihren Beifall. Die lebhafteste Diskussion, die von den Jugendlichen geführt wurde, zeigte weiter, daß sie den Wert der Einigkeit und der Organisation erkennen und gewillt sind, in den Reihen der erwachsenen Kollegen für die Befreiung der Angestelltenchaft mitzuwirken. Die Kampfesfreudigkeit der Jugend kam zum Ausdruck durch die einstimmige Annahme einer Resolution, worin die jugendlichen Angestellten der Firma A. Wertheim verlangen, daß ihnen ihr Urlaub genau nach dem Wortlaut des Schiedsspruches gewährt wird. Sie erwarten von ihrem Betriebsrat und dem Zentralverband der Angestellten, daß diese energisch dafür eintreten.

Ein kurzer Vortrag über „Jugendwandern“, in welchem von Dr. Löwenberg die geistigen Forderungen der Jugend betont wurden, beschloß den Abend, der einen glänzenden Verlauf nahm und von begeisterter Stimmung befeuert war.

„Sowjetrußland und das russische Proletariat“. Ueber dieses Thema sprach der Nationalökonom Friedrich Wink in einer gut besuchten Versammlung, die einberufen von der Gewerkschaftskommission, am Donnerstag in den Sophienjäten unter dem Vorsitz von Bollmershaus stattfand.

Der Redner schilderte an der Hand eines bedeutsamen Zahlenmaterials und aus eigener Anschauung die landwirtschaftlichen, industriellen und politischen Verhältnisse Sowjetrußlands, sowie das russische Leben im allgemeinen. Zu unterscheiden sei in Rußland die Schwarzerde-Zone und die Zone mit minderwertigem Boden. Die erstere umfaßt etwa ein Drittel, die andere zwei Drittel der gesamten Fläche, die in den 30 Gouvernements die siebenfache Fläche Deutschlands ausmacht. In den Ernteerträgen sei ein erheblicher Rückgang eingetreten. Die Ursachen der Mindererträge sind — abgesehen von der diesjährigen Dürre — Mangel an Industrieprodukten für die Landwirtschaft, Mangel an künstlichem Dünger und Unwille der Bauern über die rücksichtslosen Requisitionen von Vorräten.

Die Lage der Bauern ist durch die Aufteilung des Outlandes nicht besser geworden. In Gebieten mit Getreideüberschuß stehen ihnen zur Ernährung 17 Pud (278 Kilogr.) gleich täglich nur 2500 Kalorien zu, was höchstens für die Ernährung eines nicht arbeitenden Menschen im Durchschnittsgewicht von 70 Kilogr. ausreichend ist. In Gebieten ohne Getreideüberschuß täglich nur 1350 Kalorien, die nur für die Ernährung eines 14jährigen Jungen als angemessen erscheinen. Durch die Aufteilung des Landes an die Bauern ist der Sozialisierungsgedanke gescheitert.

Jeder Arbeiter ist verpflichtet, Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Diese sind nach Industriezweigen geordnet. An der Spitze aller Gewerkschaften steht der allrussische Zentralrat, dem die Gewerkschaftsräte unterstellt sind. Die Disziplin wird in den Fabriken streng durchgeführt, aber ohne ein Mitbestimmungsrecht von unten. Nichtbefolgung der Anordnungen zieht den Ausschluß und strenge Verfolgung wegen konterrevolutionärer Gesinnung nach sich. Die Freizügigkeit existiert für die Arbeiter überhaupt nicht mehr. Sie sind deshalb auch nicht in der Lage, den Schikanen und Verfolgungen aus dem Wege zu gehen; sie müssen auch, wenn es befahlen wird, 10—12 Stunden täglich arbeiten. Dazu wird „freiwillige“ Sonntagsarbeit geleistet. Auf die Wahl der Leitungen haben die Arbeiter so gut wie gar keinen Einfluß. Die Kandidatenliste wird durch die kommunistische Partei aufgestellt, die Abstimmung geschieht dann durch Handerheben. Wer gegen die Liste stimmt, wird zu den konterrevolutionären Elementen gerechnet. Kommt wirklich einmal ein Kommunist durch, so wird die Bestätigung der Wahl verweigert. Die Spitze aller Räte bildet der Rat der Volkskommissare. Nur eine Partei wird als legal angesehen, das ist die kommunistische. Alles andere wird unschädlich gemacht, wenn es unbedenklich werden sollte. Ueber dem Zentralrat der Volkskommissare steht die Außerordentliche Kommission, eine Art Diktator, wie sie im zaristischen Rußland schon bestand. Die Aufgabe dieser geheim wirkenden Sicherheitspolizei ist die Bekämpfung der sogenannten Konterrevolution. Ein Teil der Diktator ist von dem alten Regime übernommen worden. Alle öffentlichen Stellen werden überwacht, jede misliebige Äußerung wird von den Spähern als konterrevolutionäre Gesinnung gemeldet und kann leicht zum Verhängnis für den Verdächtigten werden. In der hierdurch erzeugten Atmosphäre des Mißtrauens traut einer dem andern nicht mehr. Ich habe — so bemerkte der Redner hierzu, mit eigenen Augen wahrgenommen, daß nicht etwa nur wirkliche Konterrevolutionäre, sondern auch Arbeiter und Bauern die politischen Gesinnungsbilder besäßen. Und dies sind so überfüllt, daß 25 Plätze mit 50, und Zellen, welche nur für drei Personen eingerichtet sind, mit 10 besetzt werden. Wenn man bedenkt, daß die hygienischen Verhältnisse über bestell sind in diesen überfüllten Anstalten und daß es darin von Ungeziefer wimmelt, so wird man sich ein Bild von den Leiden der Gefangenen machen können.

Obgleich die Kommunisten in allen wesentlichen Kommissionen die Mehrheit besitzen, hat Rußland ohne Sibirien, Südrußland und Westrußland unter einer etwa 80 Millionen zählenden Bevölkerung nur rund 650 000 Kommunisten. Wer einmal als Konterrevolutionär verdächtigt und beschuldigt worden ist, kann sich nicht etwa durch einen Rechtsanwalt verteidigen lassen; oft wird ihm nicht einmal ein Urteil zugestellt — Ich bin — so schloß der Redner — als begeisteter Kommunist nach Rußland gekommen, bin aber völlig enttäuscht worden und habe meine Ideale dort Stück

für Stück verloren. Möge anderen Proletariern diese Enttäuschung erspart bleiben. (Lebhafte Beifall.)

Nach einer längeren Aussprache, an der sich mehrere Redner beteiligten und einem kurzen Schlußwort des Referenten schloß der Vorabend die lehrreiche Versammlung.

Die Bankbeamten in der Tschechoslowakei haben sich geeinigt. In sämtlichen deutschen und tschechischen Banken wurde die Arbeit heute wieder aufgenommen.

Wirtschaft

Gegen die Valuta-Spekulation in — Wien.

An der gestrigen Wiener Börse wurde im Auftrage des Bundesministers der Finanzen folgendes bekanntgegeben:

Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß die außerordentlich übertriebenen Preissteigerungen auf dem Valutamarkt in den letzten Tagen nicht ausschließlich auf die Deckung des legitimen Bedorfes und auf die Knappheit des Marktes an ausländischen Zahlungsmitteln, sondern auch auf künstliche Förderung durch rein spekulative Tendenzen zurückzuführen sind. Da die Inflation, wie die Regierung und auch die berufenen Vertreter der auswärtigen Mächte wiederholt erklärt haben, als materiell gesichert angesehen werden kann und ihre normale Durchführung nur noch von gewissen technischen Momenten abhängt, so fehlt diesen außergewöhnlichen Preissteigerungen die wirtschaftliche Grundlage. Erfahrungsgemäß folgt auf solche maßlosen Kurssteigerungen ein scharfer Rückschlag, welcher die schwersten Schäden der Kursumschreitungen in den beteiligten Kreisen selbst fühlbar macht. Weil daher auch im Vertrauen auf die Kenntnis der Schäden einer überhöhten Spekulation eine baldige Rückkehr zur organischen Entwicklung der Preisbildung auf dem Valutamarkt erwartet werden kann, so macht die Regierung noch darauf aufmerksam, daß sie nicht gefonnen ist, andauernd ähnliche, die wirtschaftlichen Interessen und die Interessen der Gesamtheit unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen schwer schädigenden Tendenzen unverantwortlicher Elemente zu dulden.

Die Regierung wird in allen Fällen, wo die angedrohten Erhebungen zu einem belastenden Ergebnis führen werden, Gegenmaßnahmen anwenden.

Der Deutsche Fleischerverbandstag gegen die Zwangswirtschaft.

Der in Bremen eröffnete 41. Deutsche Fleischerverbandstag ist sehr stark aus dem Reich besucht. Auch Vertreter aus Danzig, Oberschlesien und aus der Schweiz sind anwesend. In den gestrigen Verhandlungen beschloß der Verbandstag u. a., an die maßgebenden Regierungsstellen heranzutreten wegen restloser Befreiung der noch bestehenden erschwerenden Bestimmungen des Vieh- und Fleischverkehrs. Weiter nahm der Verbandstag eine Entschließung an, in der für notwendig erklärt wird, die Freiheit in Bezug auf den Vieh-einfuhr nach Lebendgewicht, Schlachtgewicht oder nach Stück und schließlich Wiederherstellung der allgemeinen Anerkennung des Abzuges von fünf Prozent beim Einkauf von Lebendgewicht im Lande und die Festsetzung von Bestimmungen über die Fütterung auf Schlachtviehmärkten. Sodann wurde beschlossen, bei der Reichsregierung die Aufhebung der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfungsstellen vom 25. September 1915 zu beantragen. Außerdem nahm der Verbandstag eine Erklärung an, in der zum Entwurf eines Reichsrahmengesetzes über die Berufsvortretungen des Handwerks und Gewerbes verschiedene Forderungen aufgestellt wurden.

Wehr nicht? Die „zuständigen Regierungsstellen“, zu denen wohl auch Herr Reichsernährungsminister Hermes gehört, dürfte doch wohl zögern, diese Wurststuppe so heiß zu essen, wie sie die Schlächtermeister gefocht haben. Wir hoffen, daß zunächst noch etwas Wasser in die gar zu fetten Bouillon gegossen wird.

Konsumtrends im holländischen Druckereigewerbe. Eine neue Erscheinung des holländischen Wirtschaftslebens ist der Leipziger Mustermesse zufolge, der innerhalb des Druckereigewerbes neben den Organisationen der Erzeuger und der Arbeiter bestehende Konsumtrentat. Er ist auf Ersuchen der Fabrikanten zur Nachprüfung ihrer seitens des Publikums beanstandeten Preispolitik aus je einem Mitglied aus Regierungs-, Gemeindefürsorge-, Wissenschafts-, Handels- und Gewerbe- und Mittelstandskreisen zusammengesetzt. Die Unternehmer sollen ihn vor jeder Änderung des Preisstarifs hören, wobei ihm alle Kalkulationsunterlagen zugänglich gemacht werden müssen.

Geringe amerikanische Rohisenproduktion im Juni. Nach den Angaben des Fachblattes „Iron Age“ betrug die Juniherzeugung der Vereinigten Staaten an Rohisen 1 064 833 Tons, das entspricht einem Tagesdurchschnitt von 35 494 Tons. Die entsprechenden Zahlen für Mai sind 1 221 221 bzw. 39 394 Tons. Die Juniherzeugung ist die geringste seit Januar 1908, wobei außerdem noch zu berücksichtigen ist, daß die damalige Leistungsfähigkeit der Eisenwerke nur halb so groß war wie die heutige. Gegenüber dem höchsten Stand der Förderung des Jahres 1920 bedeutet die Juniherzeugung einen Rückgang von 68 Proz.

Aus aller Welt.

Hagelwetter. Wie der holzindener „Tägliche Anzeiger“ berichtet, ging Mittwochabend kurz vor 6 Uhr ein furchtbares Hagelwetter in Holzwinden und in der Feldmark nieder. Die gesamte Ernte gilt als vernichtet. Sämtliche Gartenfrüchte wurden zerschlagen; die Feinstenkelchen an der westlichen Seite der Häuser sind zerstört. Mehrere Personen, die sich im Freien aufhielten, wurden verletzt.

Verantwortlich für den redakt. Teil: Dr. Werner Felser, Charlottenburg; für Anzeigen: H. Glöck, Berlin. Verlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3.

Dampfer-Perlen-Fahrten
ab Waisenbrücke (Neu-688a am Wasser)
Ordnung Montag u. Donnerstag 8 Uhr mg.
nach Krompenburg und Neue Mühle, Wolsiger See
und Mühlentempel bei Rummelsdorf.
Jeden Sonntag und
Dienstag 8 Uhr mg.
Jeden Sonntag
8 Uhr morgens
Dampfer sind an Seilseile und Gewerkschaften billig zu vergeben.
Tel. Alexander 5525. Langwald & Schmolke.

Neuköllner Möbel-Vertrieb
Ludwig Rogasner
Königsplatz 60. Licht-Anzeige
FERNSPRACH NEUKÖLLN 9000
Spec. Schälzimmer
Küchen
Besuchen Sie meine Qualitäten u. Preise

Möbel
kaufen Sie nirgends so
billig und gut
wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer
Str. 128, i. E. Schillerstr. Kein Laden

Arbeitskleidung
Hosen
von 45.— bis 225.— M.
Hemden, Unterhosen, Socken
Berufskleidung
Gute Ware! Billigste Preise!
Gerh. Köhnen
Neukölln, Hermannstr. 76/77

Ruhebetten
200 Mk.
gute Verarbeitung, fein Papierbezug,
Girndt, Neukölln,
Wagenerstraße 2
Tel.: Reutlin 1308

Bettwäsche
Deckbett 62/75, Kissen 16.—,
Damenhemd 24.—, Hand-
tücher, Männerhemden,
Schürzen billig. Inserat
ausschneid. vergröß. 6 Proz.
Hansen
Eckbrecht halde 93

Nutzeisen
Stabisen, Bloche, T-Träger, U-Eisen, Rohre,
Ketten, Lagerböcke, Riemenrollen, Fußstangen
usw. in verschied. Dimensionen haben abzugeben
Nutzeisenabteilung, Bln.-Neukölln
Weaverstr. 35/36 — Tel. Neuk. 4170
COHN & BORCHARDT
Zentrale: Lichtenberg, Rittgutsstr. 47/48
Telegr.-Adresse „Ercobor“, Tel. Lichtenbg. 646/647

Kapitän-Kautabak
einmal geprobt — immer gelobt. Feinster Geschmack
stets frisch. Zu kaufen in den Zigarrengeschäften usw.
Neue Verkaufsstellen richtet ein: Generalvertrieb C. Röcker,
Berlin, Lichtenberger Str. 22. (Kst. 3861)

Korbmöbel
Kaufen Sie am besten bei uns
Neustädter
A. Sedau
Werkstätten für feine Korbmöbel
Tarnowscher Neustadt 1759
Ausstellung und Verkauf nur
Montag, Sonnabend u. Sonntag 20.

Gardinen!
Sonderangebote
und **Gelegenheitskäufe**
in **Resten**
Stores, Bettdecken
Madras- und Künstler-
Gardinen
Spezial-Gardinenwerkst.
Neukölln, Bergstr. 67
am Ringbahnhof

Alte Hüte
Umprägen und Modernisieren
von Damen- und Herrenhüten.
Vorsicht u. billige Ausführung.
Um-
prägen!
Herm. Fuchs
Berlin O 112,
Friedrichstr. 297.
Parzellen
In Eggersdorf, 15 Minuten
vom Bahnhof Strausberg en-
fernt, zu verkaufen. Köhn & Co.
Berlin, Gendstr. 11. Aufst. 2903

Schlechtsitzende Korsette
werden nach jeder Figur, passend unter
Garantie, tadellos umgearbeitet
Reparaturen, Änderungen u. Korsettwäsche
jeglicher Art übernimmt u. führt äußerst preiswert aus
Korsettfabrik Richard Necke
1. Geschäft: Berlin - Karlsruherstr., Trenzow-Allee 83
2. Geschäft: Berlin - Lichtenberg, Neue Bahnhofstr. 36
3. Geschäft: Berlin, Kommandantenstr. 23
Ecke Alte Jakobstraße 1240

Prozesse, Rat, Beistand, mäßige Preise, Teil-
zahlung, Ehe-, Alimenten-, Straf-
sachen, Steuern, Gnadengesuche.
Landgericht Dr. v. Kirschbach, Gesellschaft m. b. H.,
Alexanderstraße 45 (am Alexanderplatz, gegenüber
Tietz) (9-7) Glanz-Erfolge! Beobachtet. Tel. Kölnstr. 3595

KORB-MÖBEL
für Gärten, Balkone, Wohn-
zimmer in moderner u. dauer-
hafter Ausführung. Korsettell
von M. 48 an. Große Auswahl.
Besichtigung erbeten.
Heinrich Kaese
Korb- und Rohrmöbelwerkst.
Neukölln, Berliner Str. 89,
Querweg, part. (Kein Laden.)